

Fragen an Thomas Piketty

Nach dem Buch "Das Kapital im 21. Jahrhundert" erscheint 2019 "Kapital und Ideologie" mit der Intention, den Blickwinkel nicht auf die sog. »westlichen« Länder — Westeuropa, Nordamerika, Japan — zu beschränken und der "Frage nach der Entwicklung von Ungleichheitsideologien" (11) intensiv nachzugehen.

Historischer Idealismus

Wie läßt sich der Terminus 'Kapitalismus' in einer Abhandlung über Geschichte und Gesellschaft einführen ?

(1) Phänomenologisch wird die Ausbreitung der Ware-Geld-Beziehung und die Verdrängung aller traditionellen sozialen Beziehungen hervorgehoben. Der bisherige Umgang mit Fremden, außerhalb des Gemeinwesens Lebenden, wird nun zum Umgang innerhalb der Gemeinschaft. Do ut des, Ware gegen Geld, ohne Vorgeschichte, Verbindlichkeit, gemeinsame Zukunft.

(2) Die juristischen Voraussetzungen werden betont: Privateigentum an den Produktionsmitteln und doppelt freie Lohnarbeiter. Die technologische Voraussetzung ist ein Stand der Produktivkräfte, der eine hohe und industrielle Spezialisierung bzw. Arbeitsteilung ermöglicht.

(3) Der Konstitutionsfrage soll nicht ausgewichen werden: Kapitalismus ist eine neue Produktionsweise, die sich unter sozialgeschichtlichen Voraussetzungen, aber eben mit einer spezifischen Logik, etablieren konnte. Diese kann dann nicht mehr mit der bürgerlichen Gesellschaft, mit der einfachen Warenproduktion schlicht gleichgesetzt, d.h. verwechselt werden. Erst so wird Explikation möglich und 'Kapitalismus' ist dann kein Allerweltsschimpfwort mehr, das auch der Klerikale oder der Rechtsaußenstürmer benutzt.

Thomas Piketty wählt hingegen einen ganz anderen Ansatz. Ungleichheit betrachtet der Autor quasi als anthropologische Konstante. Die Formulierung des Kommunistischen Manifests, die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft sei die Geschichte von Klassenkämpfen (MEW 4: 461), möchte der Autor lieber umformulieren: "Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte des Kampfes der Ideologien und der Suche nach Gerechtigkeit. Es kommt, anders gesagt, in der Geschichte ganz entscheidend auf Ideen und Ideologien an." (1273)

Damit greift er ein altes französisches Anliegen auf, die "justice éternelle", die eben zum Streit im Ideenhimmel führt, weil der durch Eigentum und Besitzeinkommen Privilegierte sich nicht für ungerecht hält und die Sansculottes das aber ganz anders sehen. Einige Seiten weiter hätte er im Kommunistischen Manifest lesen können, wer sich über "die Konzentration der Kapitalien" und "die schreienden Mißverhältnisse in der Verteilung des Reichtums" (MEW4: 483) beschwert: der kleinbürgerliche Sozialismus.

Was inzwischen einer vom anderen abschreibt, ist die Anzeige gegen Unbekannt: "Lehrmeinungen, die man zuweilen als »marxistisch« bezeichnet und die davon ausgehen, der ideologische »Überbau« werde nachgerade mechanisch vom Stand der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse determiniert. Dagegen beharre ich auf einer genuinen Autonomie der Ideen, d.h. der ideologisch-politischen Sphäre." (22)

Von welchem Simplicissimus hier die Rede sein soll, erfährt man üblicherweise nicht. Gelegentlich sollte man sich fragen, ob das extreme Gegenteil zum Extrem nicht auch wieder extrem daneben liegt. Bei dem Erfinder des "Marxismus-Leninismus" hätte er sich aufklären lassen können: "Der Überbau wird von der Basis ja gerade dazu geschaffen, damit er ihr diene, ihr aktiv helfe, Gestalt anzunehmen und sich zu festigen" (Stalin 1950: 3).

Die eine Einbahnstraße ist so unbefahrbar wie die andere. Auch im 21. Jahrhundert gilt wohl noch immer: "Die 'Idee' blamierte sich immer, soweit sie von dem 'Interesse' unterschieden war" (MEW 2: 85)

Propriétarisme

Nach dem Niedergang der Ständegesellschaften des Ancien Régime mit ihrer trifunktionalen Ungleichheit — Adel, Klerus, Bourgeoisie — entsteht die neue Ideologie des Proprietarismus als Sakralisierung des Eigentums, seiner Verewigung durch Vererben, der ausschließlichen Verfügung des Eigentümers. In seinem Buch soll "Kapitalismus als die Sonderform des Proprietarismus im Zeitalter der Großindustrie und der internationalen Finanzinvestitionen verstanden werden, d.h. in der Zeit ab der zweiten Hälfte des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Ob es nun um den Kapitalismus der ersten industriellen und finanziellen Globalisierung geht, die Belle Époque zwischen 1880-1914, oder um den gegenwärtigen globalisierten und digitalen Hyperkapitalismus der Jahre 1990-2020, lässt sich der Kapitalismus als eine historische Entwicklung der ständigen Ausweitung des Privateigentums und der Akkumulation von Vermögenswerten über traditionelle Besitzformen und alte Staatsgrenzen hinaus verstehen." (202)

Grundeigentum ist der Vorgänger des Kapitals, es kann nicht akkumulieren. Industrie ist die adäquate Technik zum Kapital (MEW 42: 462, 550, 616), dessen *differentia specifica* ist gegen die einfache Warenproduktion zu entwickeln, nicht gegen das Privateigentum, genannt "Proprietarismus". Die Durchsetzung einer Monetärökonomie kommt nicht aus dessen Ideologie, sondern aus der Notwendigkeit, in der arbeitsteiligen Ökonomie ein Inkrement beschaffen zu müssen, andernfalls die arbeitsteilige Ökonomie bei freier Lohnarbeit überhaupt kein ökonomisches Kriterium der Produktion hätte. Die bereits für die einfache Warenproduktion und somit auch für den sehr geehrten *petit bourgeois* geltende Regel "Umsatz > Kosten" wird Moment der erweiterten Zirkulation des Kapitals, die dieses Inkrement auf den Kapitalvorschub bezieht. Erst so wird intertemporale Allokation möglich, wenn auch spezifisch kapitalistisch, also letztlich gegen ökonomische Rationalität. Sich der Wertform zu unterwerfen ist kein Geschmacksurteil und keine ideologische Verirrung, die Produktionsweise ist kein Sonderfall von Ideologie.

Thomas Piketty schärft nun die Waffe der Kritik. Über 1200 Seiten und in vielen Grafiken und Tabellen wird die Geschichte der Ungleichheitsregime rekapituliert, auch aus Indien, China, Südafrika, Haiti und Brasilien. Er bildet Perzentile nach Vermögen oder Einkommen und siehe da: stets mehr oder weniger extreme Ungleichheit.

Thomas Piketty ist Sozialdemokrat. Außer der ewigen Gerechtigkeit erbt er von seinen Landsleuten Pierre Joseph Proudhon und Louis Blanc den gerechten Lohn, die Steuerprogression, die Präferenz für den Kleinproduzenten, das Prius der Zirkulation vor der Produktion und die partizipative Demokratie. Er bedauert und bemängelt, daß das sozialdemokratische Gerechtigkeitsprojekt in der Nachkriegszeit nicht vollendet wurde. Die Anläufe bei Steuerprogression und Mitbestimmung müssen wieder aufgegriffen und vollendet werden. Die Deregulierung seitens der Neo-Proprietaristen in den 1990er Jahren und der katastrophische Zusammenbruch der osteuropäischen Regime — nach deren eigener Auskunft und der des Autors "kommunistische" — haben auf den Irrweg verschärfter Ungleichheitsregime geführt.

Piketty stützt sich bei seinem Gerechtigkeitskriterium auf John Rawls: "Social and economic inequalities are to be arranged to the greatest benefit of the least advantaged members." (Rawls 15, Piketty 1188). Allerdings treibt ihn der Ehrgeiz, dieses Prinzip so weit zu spezifizieren, daß nicht auch ein Neo-Proprietarist wie Friedrich Hayek in seinem Vorwort zu 'Law, Legislation and Liberty' schreiben kann, er fühle sich Rawls und seinem 'Unterschiedsprinzip' nahe.

Diejenigen, die Vermögenskonzentration befürworten, argumentieren mit dem trickle-down-effect und der Laffer-Kurve. Dagegen möchte der Autor "Privatkapitalismus überwinden" (687), genauer "über die Mitbestimmung hinausgehen und den Kapitalismus durch Sozialeigentum und Machtaufteilung überwinden" (609, 1197).

Partizipativer Sozialismus: allgemeine Kapitalausstattung und Steuerprogression

Thomas Piketty nennt seine Kapitalismusverbesserung "Partizipativen Sozialismus". Was wird als Zielerreichung des "partizipativen Sozialismus" vorgestellt und mit welchen Verfahren werden solche Ziele erreicht ?

Wer partizipiert ist Teil eines Ganzen, in dem auch andere partizipieren. Im "partizipativen Sozialismus" partizipieren ouvriers — im sozialdemokratischen Jargon "Arbeitnehmer" — mit Aktionären. Auch Mitbestimmung oder Machtaufteilung setzen ein Gegenüber voraus. Bei einem Sozialdemokraten unterliegt die Logik des Wirtschaftens einem kognitiven Tabu; er kann darüber keine Aussagen machen, muß das aber auch nicht, da Wirtschaft weiterhin kapitalistisch funktionieren soll. Folglich sind auch alle gesellschaftlichen Rollen und Institutionen der kapitalistischen Produktionsweise weiterhin virulent. Der Arbeiter ist Lohnempfänger, der Unternehmer verdient sich den Gewinn, der Aktionär ist Dividendenempfänger, der Finanzier bekommt Zins, die Reichen müssen reich sein, damit sie viel Steuern zahlen können. Denn ein üppig ausgebauter Sozialstaat übernimmt viele Aufgaben, die nicht alle mit fiat money finanziert werden sollen.

Der Spitzensteuersatz spielt eine ambivalente Rolle. Zum einen heißt es: "Die progressive Einkommensteuer, in die wir Sozialabgaben und progressive CO₂-Steuer eingerechnet haben, brächte etwa 45 % des Nationaleinkommens ein, um alle anderen öffentlichen Ausgaben zu finanzieren, vor allem das Grundeinkommen und den Sozialstaat (einschließlich des Gesundheits-, Bildungs-, Rentensystems etc.)." (1205) Ferner "muss die Rolle der progressiven Einkommensteuer unterstrichen werden, die zu gerechter Entlohnung beiträgt, indem sie Lohnungleichheiten auf ein Niveau senkt, das mit einer gerechten Gesellschaft vereinbar ist." (1232)

Der "gerechte Lohn" ist offenbar zunächst zu ungleich, daher ungerecht, deshalb muß via progressiver Einkommensteuer mehr Gleichheit angestrebt werden, und zwar durch ein Grundeinkommen als Lohnergänzung, damit hernach die Gesellschaft doch wieder gerecht ist. Andererseits ist mit folgendem Umstellungseffekt bei der Primärverteilung zu rechnen: "Die historischen Erfahrungen zeigen, dass Grenzsteuersätze von 70-90 % für Spitzeneinkommen den astronomischen und unsinnigen Vergütungen ein Ende bereiten, zum Besten der weniger hohen Löhne und des wirtschaftlichen und sozialen Gedeihens insgesamt." (1232)

Die Steuerprogression bezieht sich indes noch auf eine andere direkte Steuer, bezeichnet als 'Eigentumsteuer' — Grundsteuer plus Vermögensteuer —, die als jährliche Steuer und Erbschaftsteuer abgeführt wird und nach den Steuersätzen von Thomas Piketty "für ein Aufkommen, das 5 % des Nationaleinkommens entspricht" sorgt. Daraus speist sich "die allgemeine Kapitalausstattung". (1228)

Die Spitzensteuersätze sind nach dem vorgeschlagenen Steuersystem des Autors in beiden Kategorien 90 % (1206). Mit zusammen also 50 % des Volkseinkommens, die durch die Hand des gütigen Sozialstaats laufen, können doch etliche Wohltaten bezahlt werden, zB. "eine Kapitalausstattung jedes jungen Erwachsenen von 25 Jahren", die dann 60 % des Durchschnittsvermögens pro Erwachsenen entspricht, für Westeuropa beziffert auf etwa 120000 € (1207).

Wozu das ? Die Rollen Arbeiter und Aktionär bzw. Eigentümer von Produktionsmitteln sollen in Personalunion fusionieren.

Forschungsaufwendungen und der Bildungsstand der Werktätigen, die Piketty als Wachstumsbedingung einfordert (562), war in den RGW-Ökonomien ausreichend, woran sind sie dennoch gescheitert ?

"Das Privateigentum an den Produktionsmitteln gehört, wenn der Umfang fair geregelt und limitiert ist, zu den Elementen der Dezentralisierung und der institutionellen Organisation, die erlauben, dass die verschiedenen individuellen Merkmale und Wünsche dauerhaft ausgedrückt werden und sich entwickeln können. Das Ausmaß der Konzentration des Privateigentums und der daraus

resultierenden Macht muß sicher gründlich diskutiert und kontrolliert werden und darf das unbedingt Erforderliche nicht übersteigen — Mittel, um das zu erreichen, sind insbesondere die stark progressive Eigentumsteuer, eine allgemeine Kapitalausstattung und die gleichmäßige Aufteilung von Mitspracherechten zwischen Beschäftigten und Aktionären." (746)

Wichtig sind Gründer, die ihre Ersparnisse und die auch über Jahre gehegten Träume und Vorstellungen, die ihm etwas bedeuten, in das Geschäft einbringen. In dieser Konstellation sollten zB. erst kürzlich eingetretene Mitarbeiter, die für ihn arbeiten und kein eigenes Kapital eingebracht haben, weniger Macht ausüben (643).

Der Autor stößt hier an das übliche Genossenschaftsdilemma. Die in der bürgerlichen Gesellschaft antrainierten Denkautomatismen, die üblichen Verwechslungen von 'was' und 'wie', die hier bei dem Autor zum Ausdruck kommen, dürfen 'Ideologie' genannt werden. Daß jetzt der Gleichheitsgrundsatz hinter der Gerechtigkeit zurückstehen muß, bleibt unreflektiert. Was es mit Gleichheit und Gerechtigkeit auf sich hat, und wohin sie jeweils gehören, bleibt in der thomistischen Doktrin vorerst ungeklärt und wird der "öffentlichen Debatte" (1188) anheimgestellt.

Was macht derjenige, der gerade 25 Jahre alt geworden ist und somit den einheitlichen Betrag der Kapitalausstattung bekommen hat, aber keine Lust für eine Geschäftsgründung verspürt ? Er wird wahrscheinlich Aktionär, möge aber bitte nicht "zur oft verhängnisvollen Allmacht der Aktionäre und zu kurzfristigen Finanzinteressen" (1194) beitragen.

Karl Polanyi erläutert in seinem opus Kap. 7 und 8 die Dysfunktionalität der auf komunaler Ebene organisierten Armenhilfe nach dem Speenhamland-System, die zum öffentlichen Lohnzuschuß degeneriert, Produktivität und Beschäftigung verringert und die Verarmung der Beitragszahler bewirkt (Polanyi: 136-141). Aber Thomas Piketty lobt unter Verweis auf eben diese Schrift den Mindestlohn als soziale Einbettung der Wirtschaftskräfte und Gegengewicht zur Mobilität, die der neu entstehende Arbeitsmarkt benötigt (1264).

Die allgemeine Umverteilung ist womöglich als einzige Wirtschaftsweisheit zu wenig. In seinem ganzen Opus wird das Verhältnis zwischen der Rationalität des abstrakten Reichtums (Akkumulation) und der Rationalität der Herstellung von Gebrauchswerten (Effektivität) nirgends angesprochen. Beides kann also auch nicht in Widerstreit geraten.

Welche Bedingungen werden vorausgesetzt ?

Man hatte befürchtet, daß nach der Kriegswirtschaft die Depression wieder zurückkehre. Stattdessen kam es zu hohen Wachstumsraten sowohl bei Siegern als auch bei den Besiegten.

Wie das ? Na klar ! von der weniger ungleichen Vermögensverteilung ! Nach der Great Depression und wegen der Kriegsanstrengungen wurden progressive Steuersätze eingeführt. In den USA kam der Spitzensteuersatz auf Einkommen im Durchschnitt von 1932 bis 1980 bei 81 % und für die Erbschaften bei 75 %. In Großbritannien bei der Einkommensteuer im Durchschnitt 89 % und bei den Erbschaften 72 %. "Die Steuerprogression erreichte ihren Höhepunkt in der Mitte des Jahrhunderts, insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien" (566).

Wirtschaftswachstum — ein erzsozialdemokratisches Anliegen, damit die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft nicht abreißt. Auch der Produktivitätszuwachs im nämlichen Zeitraum (55) ist ein wichtiges Anliegen des sozialdemokratischen Kapitalismus. Wäre der Autor mit der Kritik der politischen Ökonomie in Ansätzen vertraut, hätte er vielleicht verstanden, daß die einzelwirtschaftliche Produktivitätssteigerung überhaupt erst die Möglichkeit der Kapitalakkumulation eröffnet. Diese *conditio sine qua non* muß er allerdings umdeuten in das Glück des zunehmenden Konsumtionsfonds. Zugleich übersieht er, daß dabei zugleich ein Problem für die künftige Akkumulation aufgebaut wird (MEW 23: 429).

Betrachten wir allerdings einen anderen "Nachkriegsboom", nämlich die "roaring twenties" vor der Great Depression, so läßt sich seine Hypothese nicht bestätigen. Die Indizes der Industrieproduktion finden sich bei Aldcroft, Kap. 8 "Die Hochkonjunktur der späten zwanziger Jahre" (Aldcroft: 217): von 1925=100 bis 1929 bei USA bis 123,0; Kanada 143,0; Industrieländer Europas 123,1.

Noch detaillierter hatte im Verhältnis zu FR oder dem DR das UK "eher bescheidene Wachstumsraten zu verzeichnen" (Aldcroft: 219), aber gerade da war der Spitzensteuersatz mit 50 % höher als in FR oder dem DR, stieg danach weiter an, während er in FR gerade Mitte der 20er Jahre von 72 % auf 30 % abfällt und erst 1930 wieder auf 34 % kommt.

Wenn der Autor sich schon auf die Positivisten-Methoden einläßt, muß er auch die Forderung eines ihrer Wortführer — Sir Charles Popper, der nicht Positivist genannt werden wollte — erfüllen und die Falsifikation seiner Hypothese akzeptieren.

Ideologie ist eben bequemer als Theorie, man darf in der Ideologie die Bestimmungsverhältnisse beliebig umkehren und so wird eine Tendenz zur Gleichverteilung hinreichende Bedingung weiteren Wirtschaftswachstums — nichts weiter als ordinärer Gewerkschafts-Keynesianismus. Daß gerade die einzelwirtschaftliche Produktivitätssteigerung eine grandiose gesamtwirtschaftliche Verschwendung zur Folge hat, läßt der Autor in seinem Vorhaben lieber unerwähnt.

Mit der Konsequenz der Ressourcenüberlastung und Umweltzerstörung muß er aber ebenfalls umgehen.

CO2-Bepreisung

Unter diesem bekannten Titel werden die Emissionen von Treibhausgasen erörtert. Der Autor streift ganz kurz die Frage der Technik als einer "ganzen Reihe von Maßnahmen bei Bauvorschriften, Umweltregeln und Investitionen in erneuerbare Energien" (837). Damit ist er fast bei der richtigen Problemstellung, denn die Klimakatastrophe rührt von exzessiven Emissionen der Treibhausgase her, nicht von exzessiven Emissionen von Zertifikaten oder einer verfehlten Steuerpolitik. Aber er biegt sogleich nach gewohnten Muster wieder ab und die fehlenden Gegenmaßnahmen werden als Ursache des Problems abgehandelt. Anstatt aus Mengenkontingenten Preise herzuleiten geht seine Kreativität in die CO2-Steuer. Verbrauchssteuern sind per se proportional. Das reicht dem Autor also nicht, er will auch in dieser Angelegenheit eine Steuerprogression implementieren. Damit soll diese Steuer das Individuum treffen, das überdurchschnittliche Emissionen verschuldet. Um den Individualkonsum zu erfassen, müssen sich alle Käufe mit Kartenzahlungen registrieren lassen, was "mit komplexen Herausforderungen verbunden" wäre (1236). Abschreckend war für den französischen Autor das in Frankreich 2017-18 gewählte Vorgehen, das mangels sozialem Ausgleich die heftigen Proteste der "gilets jaunes" provozierte. Daher werden die Durchschnittsausgaben pro Einkommensniveau ermittelt und die unteren Einkommensniveaus via Einkommensteuer wieder entlastet. So soll das Preissignal beim Einkauf erhalten bleiben (1235), jedoch der Budgeteffekt bei niedrigen Einkommensniveaus kompensiert, bei hohen aber verstärkt werden. Jeder ist also mit dem Kaufverhalten aller anderen Teilnehmer seines Einkommensniveaus verhaftet. Gehen sie massenhaft zu weniger CO2-intensivem Konsum über, sofern das möglich ist, geht ihnen in der nächsten Berechnungsrunde allerdings auch die entlastende Kompensation aus dem CO2-Bestandteil der Einkommensteuer wieder verloren. Oder man erfreut sich dieser Kompensation in niedrigen Einkommensniveaus und muß überhaupt kein Preissignal beachten.

Wie sollen mit mehr oder weniger präziser Bestrafung der überdurchschnittlichen Verbraucher schließlich die Emissionen reduziert werden? Ist der registrierte Käufer auch der Verbraucher? Wer leistet die Zurechnung der tatsächlichen Emissionen auf den Endkonsum? Außer der exakten Überwachung des Individualkonsums ist auch die exakte Kenntnis aller Materialbilanzen über die Vorleistungsverflechtung bis bspw. zum Energieerzeuger erforderlich. Welche Steuerbehörde überwacht und genehmigt die in der Kalkulation verwendeten Gemeinkostenschlüssel? Oder die zuständige Behörde gibt den Kampf gegen die Komplexität auf und läßt bei der CO2-Steuer pro Artikel des Endkonsums Willkür walten. Die Kausalkette ist so wenig wirksam wie bei einer Belastung von Mietern mit CO2-Steuern, die zum Austausch einer Heizung mit fossilem Brennstoff gegen eine Solaranlage führen soll.

Indem der Autor auch in dieser Angelegenheit partout sein Lieblingsthema "Steuerprogression" unterbringen will, liefert er eine Steilvorlage für liberale Demagogen, die sich gerne über Bürokratiemonster beschweren.

Partizipative Demokratie

Mitbestimmung hat ihr Gutes, sie bewirkt "geringere Börsenbewertungen der Unternehmen" (551). Der CEO ist beauftragt, den value of the corporation zu vergrößern. Piketty will nicht das, aber gleichwohl Wachstum beim Nettosozialprodukt alias Volkseinkommen, vermutlich zugunsten der "permanenten Güterzirkulation" (1275).

Die industrielle Investitionsentscheidung erfolgt bei Aktionärgesinnung nach der erwarteten Profitrate — immerhin einem Quotienten. Sind aber genug Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und im Vorstand, dann wird nach Umsatzmaximierung entschieden — einem bloßen Quantum. Damit ist aus der Logik der industriellen Produktion die Kommensurabilität entfernt und die Vorleistungsverflechtung weist überhaupt keine Rationalität mehr auf. Die Kapitalsdiktatur verlangt Wertschöpfungsketten zu bilden. Wer sich indes vorstellt, Ökonomie werde vom Konsumenten her gestaltet und gesteuert, darf sowohl die Wertformbestimmtheit als auch diese Aufgabe ignorieren. Also freie Bahn für die politische Ressourcenverschwendung.

Von Vorteil wäre zwischen Kapitalismus und Ökonomie auch einmal zu unterscheiden.

En passant wird der französische Imperialismus damit erläutert, "weil die besonders Reichen ihr Geld gern im Ausland anlegten" (549), wofür ein Blick auf die Zusammensetzung von Vermögen in Paris 1872-1912 reicht (180).

Für die Gegenwart vergleicht der Autor die Transferzahlungen der EU an die neuen osteuropäischen Mitglieder mit dem höheren Abfluß aus diesen Ländern an die westlichen Investoren in Form von Gewinnen, Zinsen und sonstigen Besitzeinkommen. "Der Vergleich der beiden Kapitalströme zeigt sicher nicht, daß die Hinwendung zur EU für Osteuropa schlecht war. Die Abflüsse von Gewinnen sind die Kehrseite der Investitionen in den betreffenden Ländern (und manchmal auch vorteilhafter Privatisierungen), die aller Logik nach zur Steigerung der Gesamtproduktivität in Osteuropa und damit auch zu höheren Löhnen und Gehältern beitragen." (803)

Der Abstand zu der Feststellung von Beck ist gering: "Es gibt nur eines, das schlimmer ist, als von Multis überrollt zu werden: nicht von Multis überrollt zu werden." (Beck: 97)

Daß das metropolitane Kapital keine Wirtschaftsgrenzen mag, heißt nicht schon, daß die Frage ob und ggfs. bei welcher Ausgestaltung Wirtschaftsgrenzen sinnvoll sind, ignoriert werden darf. Immerhin werden politische Grenzen erörtert, allerdings nur unter dem Aspekt, daß sie möglichst schnell verschwinden.

Als Gegenprojekt zum Internationalismus des Finanzkapitals verlangt der Autor, daß die Deregulierungen der Neo-Proprietaristen durch "neue Regeln ersetzt werden, die finanzieller Transparenz, Fiskalkooperation und einer transnationalen Demokratie verpflichtet sind." (1275)

Nach sozialdemokratischem Muster bleibt der kapitalistische Betrieb unverändert, bloß die etatistische Redistribution muß hernach für Gleichheit und Gerechtigkeit sorgen. Friedrich Engels bringt solchen Unsinn auf die Formel: "Die kapitalistische Produktionsweise ist ganz gut und kann bleiben, aber die kapitalistische Verteilungsweise taugt nichts und muß abgeschafft werden." (MEW 20: 173, 278)

Die partizipative Demokratie nimmt dabei durchaus interkontinentale Dimensionen an: "So könnte zB. eine euro-afrikanische Versammlung darüber befinden, wie Gewinne europäischer Unternehmen, die in Afrika investieren (oder eines Tages afrikanischer Unternehmen, die in Europa tätig sind) besteuert werden sollen" (1262).

Den Schlüssel der Stimmrechtsverteilung verrät Thomas Piketty aber nicht. Wo läge der Kompromiß, wenn der eine Steuerzahlungen leisten, der andere diese vereinnahmen will ?

Bei seinem Landsmann hätte er lernen können, daß sich Demokratie nicht für große Staaten, geschweige denn für die ganze Welt eignet (Rousseau: 71). Der Souverän muß sich versammeln, sich kennen, zumindest also sich in einer Sprache verständigen können. Oberhalb der Sprachgemeinschaft ist Demokratie eine Leerformel. Für den Citoyen ist es wenig erbaulich, in wirtschaftlichen Fragen immer wieder überstimmt zu werden. Ist es so schwer zu verstehen, daß Nettozahler aus der EU austreten wollen und potentielle Nettoempfänger gerne eintreten ? Die

demokratische Verständigung kann sich nur auf allgemeine Regeln beziehen — zB. Besitzeinkommen ja oder nein — nicht aber auf spezielle wirtschaftliche Belange.

Fazit

Kommt durch das Anhäufen vieler Statistiken die Seriösität des Gedankens zustande oder bloß die Suggestion des empirischen Beweises ? Die Primärmotivation bei der Annäherung an den sozialwissenschaftlichen Gegenstand darf durchaus wertrationaler Natur sein. Soll es Wissenschaft werden, muß man sich allerdings auch auf die Logik des Gegenstands einlassen, anstatt ihn mit eigenen kognitiven Präferenzen zu präformieren. Das fleißige Präsentieren von Perzentilen, Prozenten als Zeitreihen verbleibt im Vorgarten der Wissenschaft. Anschließend wäre die Anstrengung des Begriffs verlangt, der Allgemeinheit und Notwendigkeit der Urteile klären kann. Wie also ist der Buchtitel zu verstehen ?

Dem Kapital die richtige Ideologie verpassen, dann generiert es keine sozialen und ökologischen Schäden mehr. Dem kann nicht jeder folgen.

Ref.

Derek H. Aldcroft: Die zwanziger Jahre. Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 3, dtv 1978

Ulrich Beck 2002: Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie, stw

Friedrich A. Hayek 1981: Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie

MEW = Marx-Engels-Werke, Berlin

Thomas Piketty 2019: Capital et Idéologie

Karl Polanyi 1944: The Great Transformation, stw 1978

John Rawls 1971: A Theory of Justice

Jean Jacques Rousseau 1762: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, reclam 1977

Josef W. Stalin 1950: Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft, Peking 1974

R.W. 23.02.2022